

## **Fahnder gehen in Social Networks undercover**

US-Behörden wie das FBI ermitteln in sozialen Netzwerken auch undercover. So wurden Pläne der US-Regierung unter Barack Obama bekannt, wie verdeckte Fahndungen etwa innerhalb von Portalen wie Facebook, MySpace, Flickr, LinkedIn, Twitter und anderen sozialen Online-Medien durchzuführen sind. Die Bürgerrechtsorganisation Electronic Frontier Foundation hat eine entsprechende Präsentation des Justizministeriums veröffentlicht. Online-Undercover-Arbeit könne die Ermittler in Kontakt mit Verdächtigen bringen, ihnen "Zugang zu geheimen Informationen" und einen Überblick über soziale Beziehungen verschaffen.

Bisher zeigten sich die US-Behörden hinsichtlich verdeckter Ermittlungen im Internet relativ zurückhaltend. So ist es etwa den Fahndern des Finanzamts nicht erlaubt, fiktive Identitäten zu verwenden, um auf Websites an Informationen über Steuersünder zu gelangen. Traditionelle Internet-Recherchen und die Suche nach Informationen auf öffentlichen Webseiten seien hingegen zulässig, berichten US-Medien. In schweren Fällen wie bei Untersuchungen in Fällen von Kindesmissbrauch nutzten FBI-Agenten Undercover-Methoden aber schon länger.

### **Rechtliche Hürden**

Zu den Techniken der Behörden zählt etwa, sich in Diskussionsforen einzuloggen und gefälschte Links zu vermeintlichen Kindesmissbrauchs-Videos zu posten. Anschließend würden Razzien

bei Usern durchgeführt, die den Links per Mausklick folgen. Bei den US-Marshals sowie im "Amt für Alkohol, Tabak, Schusswaffen und Sprengstoffe", die ebenfalls dem Justizministerium unterstehen, dürfte kein Regelwerk zum Umgang mit Online-Untersuchungen bestehen.

Dem Dokument zufolge stoßen die Ermittler bei ihrer Undercover-Arbeit aber immer wieder auf rechtliche Hürden. Sie verstoßen etwa gegen die Nutzungsbedingungen der infiltrierten Webseiten, wenn sie falsche Identitäten verwenden - so der Fall bei Facebook oder auch Twitter. Bei Ermittlungen hat sich dem Bericht nach aber besonders Facebook häufig als äußerst kooperativ erwiesen. Bei Twitter gelangen die Behörden hingegen nur über den Rechtsweg an Daten.